Niederschrift

über die 38. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 05.11.2019, um 16:05 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Johannes Mans

Ratsmitglieder

Armin Barg	
Bernd Karl Bornewasser	
Beate Bötte	
Ursula Brand	
Dietmar Busch	
Petra Ebbinghaus	
Rolf Ebbinghaus	
Horst Enneper	
Jürgen Fischer	
Detlef Förster	
Margot Grüterich	
Klaus Haselhoff	
Bernd-Eric Hoffmann	
Olaf Jung	
Thomas Klee	
Rosemarie Kötter	
Ralf-Udo Krapp	
Thomas Lorenz	
Malik Nasir Mahmood	
Dr. Axel Michalides	ab 17.20 Uhr (Ende TOP 5)
Arnold Müller	
Heide Nahrgang	
Elisabeth Pech-Büttner	
Annette Pizzato	
Sabine Plasberg-Keidel	
Dr. Jörg Rieger	
Rainer Röhlig	
Udo Schäfer	
Christoph Schlüter	
Rolf Schulte	
Dietmar Stark	
Klaus Steinmüller	
Gerd Uellenberg	ab 16.20 Uhr (TOP 3)
Peter Fritz Sebastian Ullmann	
Annette Verhees	
Dejan Vujinovic	
Dr. Jörg Weber	
Harald Weiss	

von der Verwaltung

Frank Nipken
Ramachandran Darshan
Ulrich Dippel
Jürgen Funke
Christoph Grimlowski
Volker Grossmann
Sandra Hilverkus
Peter Horn
Burkhard Klein
Wolfgang Scholl
Volker Uellenberg

Schriftführerin

Katja Oelschläger

Gäste

Christian von Hammerstein zu TOP 13

es fehlen:

Ratsmitglieder

Ingrid Bartholomäus
Sebastian Schlüter

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1.	Informationen des Bürgermeisters	
2.	Einwohnerfragestunde	
3.	Antrag auf Mitfinanzierung eines Kleinbusses - Antrag des Radevormwalder Kinder- und Jugendrings vom 02.09.2019	AN/0327/2019
3.1.	Antrag auf Mitfinanzierung eines Kleinbusses (Antrag der UWG-Fraktion vom 04.11.2019)	
4.	Wiederkehrende Prüfung ortsfester und nicht ortsfester elektrischer Geräte in öffentlichen Gebäuden	BV/0769/2019
5.	Änderung der Hauptsatzung	BV/0768/2019
5.1.	Änderung der Hauptsatzung (Antrag der AL-Fraktion vom 27.10.2019)	AN/0338/2019
5.2.	Änderung der Hauptsatzung (Antrag der UWG-Fraktion vom 04.11.2019)	

6.	Entwicklung eines Klimaanpassungskonzeptes für die Stadt Radevormwald (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.10.2019)	AN/0336/2019
7.	Pachtverträge zur landwirtschaftlichen Nutzung (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.10.2019)	AN/0337/2019
8.	Ersatzbeschaffung Radlader Betriebshof	BV/0776/2019
9.	Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2020 einschließlich Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022	IV/0666/2019
10.	Sachstandsbericht Asyl	
11.	Besetzung von Ausschüssen und Gremien	
12.	Mitteilungen und Fragen	

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung um 16.05 Uhr, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit gemäß § 8 der Geschäftsordnung fest.

Zur Frage der etwaigen Befangenheit zu den einzelnen Tagesordnungspunkten erklärt sich kein Ratsmitglied für befangen.

Der Bürgermeister erläutert, dass auf Wunsch der Verwaltung die Tagesordnung um die Punkte „Ersatzbeschaffung Radlader Betriebshof“ (öffentlich) und „Beschaffung einer Drehleiter für die Feuerwehr“ (nichtöffentlich) erweitert werden soll.
Der Punkt „Umstrukturierung der Stadtwerke Radevormwald GmbH“ soll im nichtöffentlichen Teil aufgrund der Teilnahme Herrn von Hammersteins vorgezogen werden.

Herr Ebbinghaus erklärt, dass der Tagesordnungspunkt „Vermeidung von Risiken bei dem noch bestehenden Derivatgeschäft“ zunächst im Rechnungsprüfungsausschuss beraten werden soll; dementsprechend zieht die AL-Fraktion ihren Antrag für die heutige Ratssitzung zurück.

Der Bürgermeister lässt über die veränderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

(Öffentlicher Teil)

1. Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister berichtet, dass, wie auch bereits der Presse zu entnehmen war, eine Reihe von Fördermaßnahmen bewilligt wurde: in den Wupperorten werden das Begegnungshaus, die Umstrukturierung der Sportanlage Auf der Brede sowie die Erweiterung des Jugendzentrums LIFE gefördert. Die Aufstockung um insgesamt 2,5 Sozialarbeiterstellen ist bereits zu einem früheren Zeitpunkt bewilligt worden.
Der Bürgermeister bedankt sich für den Einsatz der Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter sowie die Unterstützung durch den Landrat, die die Antragstellung für die Förderung erst ermöglicht haben.

Es ist beabsichtigt, gemeinsam mit dem Landrat einen Pressetermin zu veranstalten.

2. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

3. Antrag auf Mitfinanzierung eines Kleinbusses - Antrag des Radevormwalder Kinder- und Jugendrings vom 02.09.2019 — AN/0327/2019

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes übergibt der Bürgermeister das Wort an den Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses, da der Antrag des Kinder- und Jugendrings im Ausschuss bereits intensiv beraten wurde.

Herr Weber führt aus, dass der Antrag seitens des Jugendhilfeausschusses befürwortet wird. In der Sitzung am 26.09.2019 wurde folgender Beschluss einstimmig gefasst: „Der Jugendhilfeausschuss befürwortet prinzipiell die Anschaffung eines Fahrzeuges. Bei der Frage Kauf oder Leasing soll die pragmatischste Lösung gefunden werden. Der Ausschuss beauftragt den Vorsitzenden des Ausschusses, Dr. Weber, den Leiter des Jugendamtes, Herrn Horn, und den Kinder- und Jugendring, Herrn Klausing, Gespräche zur Findung der Lösung zu führen und danach Gespräche mit dem Kämmerer zu führen, um die notwendigen Mittel in den Haushalt einzustellen."

Dieser Beschluss ist bereits teilweise umgesetzt; hierzu werden Herr Horn und Herr Uellenberg nähere Angaben machen.

Abschließend bittet Herr Weber, die intensive Diskussion des Fachausschusses und insbesondere die besondere Stellung des Jugendhilfeausschusses zu respektieren und den dort gefassten Beschluss im Rat zu bestätigen.

Herr Horn berichtet, dass in enger Abstimmung mit dem Kinder- und Jugendring sowie dem Kämmerer Überlegungen dahingehend angestellt wurden, dass die Stadt ein Fahrzeug anschafft und dieses dem Kinder- und Jugendring zur Verfügung stellt.

Herr Uellenberg ergänzt, dass die Finanzierung aus dem Haushalt 2019 sichergestellt werden kann.

Auf Nachfragen der Herren Lorenz und Barg erklärt Herr Mans, dass das Fahrzeug prinzipiell auch von Dritten genutzt werden kann. Im Jugendhilfeausschuss soll erläutert werden, wie der Vorrang des Kinder- und Jugendringes, aber auch des Jugendamtes für den Ferienspaß, den auch Frau Ebbinghaus betont, geregelt wird. Herr Rieger schlägt eine Buchungsplattform bei der Stadtverwaltung vor.

Herr Hoffmann dankt für die Ausführungen und zieht den UWG-Antrag (Punkt 3.1. der Tagesordnung) zurück.

Eine Festlegung des Fahrzeug- und Antriebstyps ist nach Auskunft des Bürgermeisters noch nicht erfolgt; heute soll erst einmal der grundsätzliche Beschluss zum Kauf eines gebrauchten Kleinbusses und zur Mittelbereitstellung i.H.v. 20.000 Euro erfolgen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, für die Anschaffung eines Kleinbusses 20.000 Euro außerplanmäßig bereit zu stellen.
Die Deckung erfolgt aus dem Projekt 5.000.368 Kanalbau Karthausen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3.1. Antrag auf Mitfinanzierung eines Kleinbusses (Antrag der UWG-Fraktion vom 04.11.2019)

Der Antrag der UWG-Fraktion wurde im Rahmen der Beratung zu TOP 3 zurückgezogen.

4. Wiederkehrende Prüfung ortsfester und nicht ortsfester elektrischer Geräte in öffentlichen Gebäuden BV/0769/2019

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass zu diesem Punkt im Haupt- und Finanzausschuss ein einstimmiger Beschluss erfolgte und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald stellt gem. § 83 GO überplanmäßig insgesamt 130.000,- € brutto für die Erhebung und Prüfung der in den öffentlichen Gebäuden vorhandenen ortsfesten und nicht ortsfesten elektrischen Geräte zur Verfügung. Die Deckung erfolgt über das Produkt 1.11.03.01.01/523200 und 529200 (Entwässerung Kanal/Unterhaltung Infrastrukturvermögen sowie Verbandsumlagen).

Der Rat der Stadt Radevormwald beauftragt die Verwaltung, die Erhebung der in den öffentlichen Gebäuden vorhandenen ortsfesten und nicht ortsfesten elektrischen Geräte und deren fachgerechte Prüfung einschließlich Dokumentation gem. der städtischen Vergabeordnung öffentlich auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Änderung der Hauptsatzung BV/0768/2019

Der Bürgermeister gibt zum Einstieg in den Tagesordnungspunkt zwei redaktionelle Änderungen bekannt:

- in § 9 Absatz 1 wird unter Buchstabe i) „Bauausschuss“ eingefügt; hieraus folgen Buchstabe j) Jugendhilfeausschuss und Buchstabe k) Wahlausschuss
- in § 9 Absatz 3 wird „und b)“ gestrichen

Grundlage für die weitere Diskussion ist der Verwaltungsentwurf. Außerdem liegen Anträge der AL- und der UWG-Fraktionen vor. Auf Herrn Mans‘ Frage zu weiteren Anträgen führt Herr Ullmann aus, dass er eine Grundsatzrede zur Hauptsatzung halten möchte, die er aufzeichnen und veröffentlichen will. Außerdem möchte er einen Änderungsantrag zum 1. Punkt des Änderungsantrages der AL-Fraktion stellen.
Herr Busch stellt für die CDU-Fraktion den Antrag auf Ergänzung des § 13 Absatz 3 Buchstabe g) um folgenden Passus: „Im Vorfeld werden die Fraktionsvorsitzenden vom Bürgermeister unterrichtet. Der Bürgermeister berichtet halbjährlich im Rat über die entsprechenden Transaktionen.“
Herr Steinmüller beantragt für die UWG-Fraktion die Ergänzung des § 13 Absatz 3 Buchstabe g) um „im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel“.

Die Anträge werden in der Reihenfolge ihres Eingangs behandelt.

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion; hierbei zieht er die Punkte 2, 4 und 10 des Antrags zurück. Die weiteren Punkte bittet er einzeln abzustimmen.

Herr Vujinovic beantragt für die CDU-Fraktion eine en Bloc-Abstimmung des Antrages der AL.

Herr Ullmann betont, dass die Änderung der Hauptsatzung politischen Gehalt hat. Er bemängelt den Umgang mit der Demokratie, wenn der Haupt- und Finanzausschuss sich

vorbehält, bei Anregungen und Beschwerden über Rückfragemöglichkeiten zu entscheiden, da er hier die großen Fraktionen im Vorteil sieht. Darüber hinaus ist er strikt gegen ein Sitzungsgeld für den Ältestenrat, den er für ein nicht legitimiertes Gremium hält.
Den Änderungsantrag der AL unterstützt er; zu Punkt 1 beantragt er folgende Ergänzung: nach „Fraktionsvorsitzende“ wird „sowie den Vorsitzenden von Ratsgruppen und Einzelmandatsträgern“ eingefügt.

Aufgrund der entstehenden Diskussion über das Abstimmungsverfahren (einzeln über die Punkte der AL oder en bloc) wird die Sitzung zur Abklärung kurz unterbrochen.

Sitzungsunterbrechung von 16.45 bis 16.50 Uhr

Der Bürgermeister erklärt, dass die einzelnen Punkte des AL-Antrages einzeln abzustimmen sind.
Vor Beginn der Abstimmung zieht Herr Ebbinghaus den Punkt 1 des AL-Antrages zurück.

Der Rat der Stadt fasst folgende Beschlüsse:

Punkt 3 des Antrages der AL-Fraktion:
§ 6 Absatz 4 Satz 4 wird wie folgt gefasst: „Ihr wird Gelegenheit gegeben, die Anregung oder Beschwerde in der Hauptausschusssitzung vorzutragen und auf Fragen zu antworten.“ Satz 5 entfällt. Satz 6 lautet: „Am Ende der Beratungen über die Anregung oder Beschwerde entscheidet der Hauptausschuss, ob die Anregung …“.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen (1 UWG, 3 Grüne, 2 AL, Ullmann)
31 Nein-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, 3 UWG, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 2 RUA, BM)

Damit ist Punkt 3 abgelehnt.

Punkt 5:
§ 9 Absatz 6 Ziffer 9.6.2 wird wie folgt ergänzt:
„ c) Vergabe von Prüfungsaufträgen und Beratung von Prüfungsberichten
d) Festellung des jährlichen Prüfungsplans“

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen (2 AL, 2 RUA, Ullmann)
33 Nein-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 2 pro Deutschland, BM)

Damit ist Punkt 5 abgelehnt.

Punkt 6:
§ 9 Absatz 6 Ziffer 9.6.7
Der Text unter dem Ordnungsbuchstaben b) wird wie folgt neugefasst: „Vergaben von Lieferungen und Leistungen für den Sportbereich und die Förderung der Integration von 20.000 € bis 50.000 €.“

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen (3 Grüne, 2 AL, Ullmann)
32 Nein-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, 4 UWG, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 2 RUA, BM)

Damit ist Punkt 6 abgelehnt.

Punkt 7:
§ 9 Absatz 7 Satz 3 wird wie folgt ergänzt: „[…] bereitgestellten Mittel, sofern diese Übertragung die Wertgrenze für Ausschüsse von 50.000 € nicht übersteigt.“

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen (2 AL, Ullmann)
35 Nein-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 2 RUA, BM)

Damit ist Punkt 7 abgelehnt.

Punkt 8:
§ 9a Absatz 2 Satz 4 (§ 11 Absatz 3 Satz 1 und …) entfällt.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen (4 UWG, 3 Grüne, 2 AL, 2 RUA, Ullmann)
26 Nein-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, 2 FDP, 2 pro Deutschland, BM)

Damit ist Punkt 8 abgelehnt.

Punkt 9:
§ 11 Absatz 3: Die Aufzählung nach Satz 2 sollte die Ordnungsbuchstaben b) Einwohnerversammlungen und c) Bürgeranhörungen nicht mehr enthalten.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen (3 Grüne, 2 AL, Ullmann)
32 Nein-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, 4 UWG, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 2 RUA, BM)

Damit ist Punkt 9 abgelehnt.

Punkt 11:
§ 13 Absatz 1 Satz 3 Spiegelstrich 2: Der genannte Betrag von monatlich 250 € sollte auf 200 € monatlich gesenkt werden.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen (2 AL, Ullmann)
33 Nein-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 2 pro Deutschland, BM)
2 Enthaltungen (2 RUA)

Damit ist Punkt 11 abgelehnt.

Punkt 12:
§ 13 Absatz 1 Satz 3 Spiegelstrich 3 wird wie folgt neu gefasst: „Der Abschluss von Vermietungsverträgen (Vermietung oder Verpachtung städtischer Räume, Gebäude oder sonstigen städtischen Eigentums) ist insoweit ein Geschäft der laufenden Verwaltung, als die Wertgrenze von 20.000 € über die gesamte Laufzeit oder bei unbefristeten Vertärgen über einen Zeitraum von 10 Jahren gerechnet diese Wertgrenze nicht übersteigt.“

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen (2 AL, Ullmann)
32 Nein-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, 4 UWG, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 2 RUA, BM)
3 Enthaltungen (3 Grüne)

Damit ist Punkt 12 abgelehnt.

Punkt 13:
§ 13 Absatz 3 Ordnungsbuchstabe e). Hier sollte die Einschränkung, die die alte Fassung formulierte, erhalten bleiben und präzisiert werden, so dass die textliche Fassung wieder wie folgt lauten müsste: „e) die Führung von Rechtsstreitigkeiten und den Abschluss von Vergleichen, soweit diese nicht die allgemeine Wertgrenze von 20.000 € übersteigt."

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen (2 RUA, 2 AL, Ullmann)
33 Nein-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 2 pro Deutschland, BM)

Damit ist Punkt 13 abgelehnt.

Punkt14:
§ 13 Absatz 3 Ordnungsbuchstabe g). Die hier genannte Wertgrenze sollte von 250.000 € auf 150.000 € reduziert werden.

Abstimmungsergebnis: 4 Ja-Stimmen (1 UWG, 2 AL, Ullmann)
33 Nein-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, 2 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 2 RUA, BM)
1 Enthaltung (1 UWG)

Damit ist Punkt 14 abgelehnt.

Punkt 15:
§ 14 Satz 1 sollte wie folgt lauten: „Es wird eine hauptamtliche Beigeordnete/ein hauptamtlicher Beigeordneter gewählt."

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen (4 UWG, 3 Grüne, 2 AL, 1 FDP, Ullmann)
26 Nein-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, 1 FDP, 2 pro Deutschland, 1 RUA, BM)
1 Enthaltung (1 RUA)

Damit ist Punkt 15 abgelehnt.

Punkt 16:
§ 15 Absatz 1. Der letzte Teil des ersten Satzes und die folgende Aufzählung sollte wie folgt lauten: „ … und gleichzeitiger Hinweisbekanntmachung in folgenden Medien:
a) Bergische Morgenpost
b) Remscheider Generalanzeiger/Radevormwalder Zeitung
c) Stadtnetz (www.stadtnetz-radevormwald.de)"

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen (3 UWG, 2 AL, 1 FDP, Ullmann)
27 Nein-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, 1 UWG, 1 FDP, 2 pro Deutschland, 1 RUA, BM)

4 Enthaltungen (3 Grüne, 1 RUA)

Damit ist Punkt 16 abgelehnt.

Herr Hoffmann erläutert für die UWG-Fraktion ihren Antrag zu § 13 Absatz 3 g.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Aus der von der Verwaltung vorgeschlagenen Hauptsatzung soll der Passus in § 13 Absatz 3 g:
„g) den Verkauf und Ankauf von Grundstücken bis zur Höhe von 250.000 Euro.“ ersatzlos gestrichen werden.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen (3 UWG, 2 AL, 2 FDP, Ullmann)
29 Nein-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, 3 Grüne, 2 pro Deutschland, 2 RUA, BM)
1 Enthaltung (1 UWG)

Damit ist der Antrag der UWG-Fraktion abgelehnt.

Herr Busch wiederholt für die CDU-Fraktion den Antrag auf Ergänzung des § 13 Absatz 3 Buchstabe g) um den folgenden Passus: „Im Vorfeld werden die Fraktionsvorsitzenden vom Bürgermeister unterrichtet. Der Bürgermeister berichtet halbjährlich im Rat über die entsprechenden Transaktionen.“
Herr Steinmüller schlägt vor, die Ergänzung der UWG-Fraktion bzgl. des § 13 Absatz 3 Buchstabe g) um „der für derartige Grundstückgeschäfte im Haushaltsplan bereitgestellten Mittel“ zu integrieren.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, 4 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 2 RUA, BM)
3 Nein-Stimmen (2 AL, Ullmann)

Abschließend wird über den Vorschlag der Verwaltung mit den redaktionellen Änderungen sowie den Ergänzungen gemäß der letzten Abstimmung abgestimmt.

Beschluss:

Die Änderung der Hauptsatzung in der Fassung der Bekanntmachung vom 06.04.2017 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen (12 CDU, 9 SPD, 1 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 2 pro Deutschland, 2 RUA, Dr. Michalides, BM)
6 Nein-Stimmen (3 UWG, 2 AL, Ullmann)

5.1. Änderung der Hauptsatzung (Antrag der AL-Fraktion vom 27.10.2019) AN/0338/2019

Die Beratung und Abstimmung fand im Rahmen der Beratung zu TOP 5 statt.

5.2. Änderung der Hauptsatzung (Antrag der UWG-Fraktion vom 04.11.2019)

Die Beratung und Abstimmung fand im Rahmen der Beratung zu TOP 5 statt.

6. Entwicklung eines Klimaanpassungskonzeptes für die Stadt Radevormwald (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.10.2019) AN/0336/2019

Herr Bornewasser erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Rat verständigt sich darauf, den Antrag in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zu verweisen.

7. Pachtverträge zur landwirtschaftlichen Nutzung (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.10.2019) AN/0337/2019

Herr Bornewasser erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Volker Uellenberg berichtet, dass die Stadt im Wesentlichen mit drei Landwirten Pachtverträge abgeschlossen hat: einer betreibt Öko-Landwirtschaft, einer Landwirtschaft mit verminderter Düngung, der Dritte in herkömmlicher Weise.
Falls gewünscht, könnten diese Verträge gekündigt und mit neuen Auflagen abgeschlossen werden; die aktuellen Verträge laufen noch über 10 bis 15 Jahre.

Frau Brand erkundigt sich, wie viele Hektar verpachtet sind.

Anmerkung der Verwaltung:
26 ha sind zur landwirtschaftlichen Nutzung verpachtet.

Dr. Michalides weist darauf hin, dass bei einem Verbot von künstlichen Pflanzenschutzmitteln Landwirte ggfls. auf gentechnisch veränderte Pflanzen ausweichen könnten.

Nach kurzer weiteren Diskussion einigt man sich darauf, dass Thema wegen des ökologischen Bezugs zunächst im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt zu behandeln, obwohl Vertragswesen in die Zuständigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fällt.

8. Ersatzbeschaffung Radlader Betriebshof BV/0776/2019

Herr Dippel erläutert die Vorlage der Verwaltung und beantwortet die Nachfragen verschiedener Ratsmitglieder.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Ersatzbeschaffung des Radladers gemäß der städtischen Vergabeordnung auszuschreiben.
Die Mittel hierfür werden außerplanmäßig aus dem Investitionsprojekt 5.000391.700.300 (Stützwand Wülfingstraße) bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2020 einschließlich Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022 IV/0666/2019

Herr Nipken thematisiert in seiner Rede zur Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2020 den Rückblick auf das Haushaltsjahr 2018, die Betrachtung des aktuellen Haushaltsjahres 2019 sowie den Ausblick auf das kommende und die folgenden Haushaltsjahre.

Das Ergebnis des Haushaltsjahres 2018 ist zum siebten Mal in Folge gegenüber dem Plan verbessert.

Dieser positive Trend hat sich im aktuellen Haushaltsjahr nur bedingt fortgesetzt. Insgesamt ist der Kämmerer mit der Entwicklung 2019 jedoch zufrieden.

Für das Haushaltsjahr 2020 benennt er einige Eckdaten; prägend im Investitionsbereich sind die Schulen sowie die Fördermaßnahmen Innenstadt. Als Risiken sieht er einen möglichen Konjunktureinbruch sowie Veränderungen beim Zinsniveau.

Abschließend weist Herr Nipken darauf hin, dass der Haushaltsausgleich nur so eben erreicht wird. Ein Mehr an Auf- und Ausgaben ist nicht mehr möglich.

10. Sachstandsbericht Asyl

Herr Grossmann erklärt, dass sich seit dem letzten Bericht im Rat keine Veränderungen ergeben haben.
Nach wie vor werden 122 Personen betreut, von denen 28 geduldet sind. 57 Personen sind in den Gebäuden Blumenstraße/Neustraße untergebracht, 54 in von der Stadt angemieteten Wohnungen, 11 Personen haben eine eigene Wohnung.
Die letzte Zuweisung erfolgte im April dieses Jahres.

Herr Horn ergänzt bzgl. der Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge (UMF), dass noch 8 Personen in dezentraler Unterbringung in Hückeswagen und Wipperfürth betreut werden.

11. Besetzung von Ausschüssen und Gremien

Von der SPD-Fraktion werden folgende Veränderungen vorgeschlagen:

Besetzungen:

Schulausschuss:

Neu: Petra Pfeiffer
Bisher: Felix Anders

Rechnungsprüfungsausschuss:
Neu: Felix Anders
Neu: Hans Golombek
Bisher: Heide Nahrgang
Bisher: Thomas Klee

Wahlausschuss:
Neu: Rosemarie Kötter
Bisher: Margot Grüterich

Wasserversorgungsverband:
Neu: Dr. Jörg Rieger
Bisher: Margot Grüterich

Vertretungen:

Haupt- und Finanzausschuss
1. Vertreter: Heide Nahrgang
2. Vertreter: Dr. Jörg Rieger
3. Vertreter: Thomas Klee
4. Vertreter: Annette Verhees

Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt:
1. Vertreter: Dietmar Stark
2. Vertreter: Rosemarie Kötter
3. Vertreter: Thomas Klee
4. Vertreter: Dr. Jörg Rieger

Ausschuss für Kultur, Tourismus und Verkehr:
1. Vertreter: Nils Paas
2. Vertreter: Annette Verhees
3. Vertreter: Petra Pfeiffer

Ausschuss für Demografie:
1. Vertreter: Annette Verhees
2. Vertreter: Dr. Jörg Rieger
3. Vertreter: Heide Nahrgang
4. Vertreter: Sigrid Augst-Hedderich

Ausschuss für Soziales, Sport und Integration:
1. Vertreter: Rosemarie Kötter
2. Vertreter: Hans Golombek
3. Vertreter: Josi Lorent

Bauausschuss:
1. Vertreter: Dietmar Stark
2. Vertreter: Rosemarie Kötter
3. Vertreter: Heide Nahrgang
4. Vertreter: Dr. Jörg Rieger

Schulausschuss:
1. Vertreter: Arnold Müller
2. Vertreter: Dietmar Stark
3. Vertreter: Rosemarie Kötter

Jugendhilfeausschuss:
1. Vertreter: Thomas Klee
2. Vertreter: Dr. Jörg Rieger
3. Vertreter: Sigrid Augst-Hedderich

Ausschuss für Eigenbetriebe und Beteiligungen:
1. Vertreter: Rosemarie Kötter
2. Vertreter: Dr. Jörg Rieger
3. Vertreter: Margot Grüterich

Rechnungsprüfungsausschuss:
1. Vertreter: Thomas Klee
2. Vertreter: Nils Paas
3. Vertreter: Arnold Müller

Wahlausschuss:
1. Vertreter: Arnold Müller
2. Vertreter: Thomas Klee
3. Vertreter: Heide Nahrgang

BAV:
1. Vertreter: Arnold Müller
2. Vertreter: Margot Grüterich

Wasserversorgungsverband:
1. Vertreter: Nils Paas
2. Vertreter: Hans Golombek

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Änderungen bei der Besetzung der Ausschüsse und Gremien.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Mitteilungen und Fragen

Fördermaßnahmen Wupperorte - Ausschreibung

Herr Ebbinghaus erkundigt sich, ob im Rahmen der nunmehr bewilligten Förderung für die Wupperorte die vorbereitenden Arbeiten ausreichend weit gediehen sind, dass in der Dezember-Ratssitzung die Ausschreibung beschlossen werden kann.

Herr Dippel bejaht dies sowohl für die Umgestaltung des Sportplatzes als auch für den Anbau am Jugendzentrum. Auf die Nachfrage von Frau Ebbinghaus, welche Rasenfläche

erstellt wird, erläutert Herr Dippel, dass die Füllung des geplanten Kunstrasenplatzes noch nicht feststeht.

Turnhalle Carl-Diem-Straße

Frau Ebbinghaus spricht die Undichtigkeiten im Dach der Turnhalle Carl-Diem-Straße an.

Herr Dippel erklärt, dass das Problem bekannt ist, jedoch aufgrund der angespannten Personalsituation seit Sommer nicht alle Projekte bearbeitet werden konnten.

Sitzungsgeld für Ältestenrat

Herr Ullmann wiederholt seine Frage bzgl. der Zahlung von Sitzungsgeld an die Mitglieder des Ältestenrates aus dem TOP 5. Der Bürgermeister verneint Zahlungen.

Gefahrenstelle auf dem gummierten Spielfeld am Jugendzentrum LIFE

Herr Barg erkundigt sich nach der Beseitigung einer Gefahrenstelle auf dem Spielfeld am LIFE.

Anmerkung der Verwaltung:
Der Schaden konnte aufgrund der Größe nicht durch den Betriebshof beseitigt werden.
Die Verwaltung beabsichtigt, kurzfristig eine Fachfirma für die Beseitigung zu beauftragen.

Einwohnerzahl

Auf Nachfrage von Herrn Haselhoff gibt der Bürgermeister die Einwohnerzahl mit ca. 23.500 an.

„Begrüßungspaket“ bei Neuanmeldungen

Herr Haselhoff bittet, für Neuanmeldungen im Servicebüro Überlegungen anzustellen, über den Abfallkalender, das Quartalsheft und gelbe Säcke hinaus ein „Begrüßungspaket“ zu verteilen.

Werbung der Deutschen Glasfaser

Herr Ebbinghaus erkundigt sich nach dem Werbeplakat der Deutschen Glasfaser im Gewerbegebiet.

Der Bürgermeister erläutert, dass die Deutsche Glasfaser Interesse an der Verlegung hat und insofern Akquise betreibt. Die Stadt ist hieran in keiner Weise beteiligt.

Ende des öffentlichen Teils: 18.10 Uhr

Johannes Mans Katja Oelschläger

Vorsitzender Schriftführerin

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter